

KV Die LINKE Göttingen

Änderungsanträge der a.o. Kreismitgliederversammlung vom 26.3. zum Entwurf für ein Parteiprogramm

Referenzstellen aus dem Programmtext: Kursiv. Antragstext : Fett. Begründung: 10 pt.

1. Eigentumsfrage

a) S. 9, Abs. 5: *„In einer solidarischen Wirtschaftsordnung, wie die LINKE sie abstrebt, haben verschiedene Eigentumsformen Platz: Staatliche und kommunale, gesellschaftliche und private, genossenschaftliche und private“.*

Ergänzen durch: Damit die profitorientierte Finanzwirtschaft und Großkonzerne nicht mehr die Rahmenbedingungen für die Gesamtwirtschaft diktieren können, müssen sie in Gemeineigentum überführt und der demokratischen Kontrolle durch die Belegschaften und die lohnabhängige Mehrheit der Bevölkerung in Wirtschafts- und Sozialräten unterstellt werden.

Begründung: Der im Programm geforderte Mix an Eigentumsformen besteht heute schon im Kapitalismus.
(einstimmig angenommen)

c) S. 10, Abs. 7: *„Die LINKE tritt für die Ergänzung der Parlamente durch Runde Tische und Wirtschafts- und Sozialräte auf allen Ebenen ein. In solchen Gremien sollten Gewerkschaften, Kommunen, Verbraucherinnen und Verbraucher, sowie soziale, ökologische und andere Interessenverbände vertreten sein.“*

Ersetzen durch: Die LINKE tritt dafür ein, daß die Produktion durch Wirtschafts- und Sozialräte kontrolliert wird, in denen die direkt gewählten Vertreter von Belegschaften, der Gewerkschaften, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherverbände sowie die der Parlamente gleichgewichtet vertreten sind.

Begründung: Die angestrebten Wirtschaftsräte dürfen keine Feigenblätter für die bestehende Diktatur des Privatkapitals werden. Deshalb ist klarzustellen, daß sie die Entscheidungen fällen und sich mehrheitlich aus Vertreter der Produzenten und der Bevölkerung zusammensetzen.
(einstimmig angenommen)

d) S. 13, Abs. 6: *„Deshalb setzen wir uns (...) für die Durchsetzung des Vetorechts der Belegschaften gegen die Schließung von Betrieben ein, die nicht von Insolvenz bedroht sind.“*

Streichung letzter Halbsatz: *„...die nicht von Insolvenz bedroht sind“.*

Begründung: Vetorechte gegen Betriebsschließungen sind gerade auch dort wichtig, wo die bisherigen privaten Eigentümer (wie z.B. bei Opel oder Karstadt) mit Insolvenz drohen.
(einstimmig angenommen)

2. DDR und Stalinismus

a) S.5, Abs. 3. *„Im Osten Deutschlands prägte der Sozialismusversuch die Lebensgeschichte...“
Viele Menschen setzen sich nach dem Zusammenbruch des Faschismus für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes, antifaschistisches und **sozialistisches** Deutschland ein.“*

Ergänzen durch: Die Bestrebungen, den Wiederaufbau unter der demokratischen Kontrolle der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung durchzuführen, wurden erstickt. Im Namen von Sozialismus und Kommunismus wurde ein bürokratisches Unterdrückungsregime errichtet, in dem die Bevölkerung keinerlei Einfluss auf die Planung der verstaatlichten Produktion ausüben konnte.

Begründung: Die antikapitalistischen Bestrebungen der Bevölkerung dürfen nicht mit denen der herrschenden Bürokratie gleichgesetzt werden. Die Gleichsetzung von Sozialismus/Kommunismus mit dem Stalinismus diskreditiert unsere Ziele und ist deshalb die Basis aller antikommunistischen Kampagnen der Herrschenden.
(Mehrheitlich angenommen)

3. Abrüstung und Militärbündnisse

a) S. 16, Abs. 3: „Wir fordern die Auflösung der Nato und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands“.

Ersetzen durch (aus BPT-Antrag KV Göttingen):

Wir fordern die Auflösung der Nato und den sofortige Austritt der Bundesrepublik aus diesem Militärbündnis.

Begründung: Der Austritt aus der Nato darf nicht von einer vorherigen Einigung der Großmächte abhängig gemacht werden.

(einstimmig angenommen)

b) „Wir fordern ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze (**aller Auslandseinsätze**) der Bundeswehr“.

Begründung: Die Bundeswehr hat im Ausland nichts zu suchen.

c) S. 16, Abs. 4. „Wir fordern ein striktes Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete“

Wir fordern ein generelles Verbot von Waffenexporten.

Begründung: Selbsterklärend

(einstimmig angenommen)

d)

Die LINKE fordert deshalb, das GG so zu verschärfen, daß zusätzlich zu bestehenden Artikeln im GG jegliche Unterstützung, die Führung und die Teilnahme an bewaffneten Interventionen verboten und mit schärfsten Freiheitsstrafen geahndet werden. Die Fähigkeit aller bewaffneten Streitkräfte ist auf defensive Handlungen zu beschränken.

Begründung Die Geschichte des deutschen Faschismus mit millionenfachen Opfern gebietet es uns, Krieg zu ächten und Frieden zu erhalten. Dieses Gebot muß im GG eine stärkere Entsprechung finden. Der völkerrechtswidrige Überfall in Kunduz zeigt, wohin uns der Weg bereits geführt hat.

Mit Mitteln, die der BRD zuzurechnen sind, werden gegenwärtig Angriffskriege im Namen der BRD und ihrer Verbündeten geführt, unterstützt und wieder vorbereitet. Diese Mittel sind z.B. Basen auf deutschem Boden, logistische und finanzielle Unterstützung jeglicher Art und die Bereitstellung deutscher Kräfte und Mittel zur indirekten Befähigung. Momentan stellt das GG nur die Vorbereitung eines Angriffskrieges unter Strafe.

Der Umbau der BW zur aggressiven Expeditionsstreitmacht mit weltweiter Einsatzfähigkeit ist Beleg dafür. Nur der Rückbau zu einer ausschließlich defensiv befähigten Streitmacht führt zur strukturellen

Nichtangriffsfähigkeit.

In der LINKEN zeigt sich in der aktuellen Debatte um die Rechtfertigung europäischer Beteiligung am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Libyen eine gefährliche Tendenz zum Opportunismus. Führende Genossen sind unter dem Deckmäntelchen „humanitärer Interventionen“ bereit, Angriffskriege zu legitimieren und verstoßen damit gegen das Friedensgebot.

(einstimmig angenommen)

4. Regierungsfrage

a) S. 18, Abs. 2 und 3. „Regierungsbeteiligungen der LINKEN sind nur dann sinnvoll, wenn sie reale Verbesserungen und eine Abkehr vom neoliberalen Politikmodell durchsetzen sowie einen sozialökologischen Richtungswechsel einleiten.“

Ab „wenn...“ **ergänzen** durch (aus BPT-Antrag den KVe Göttingen und Wilhelmshaven): ...**wenn unsere Partei damit zur Mobilisierung der Bevölkerungsmehrheit, zu realen Verbesserungen ihrer Lage und zur Überwindung der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse beitragen kann.**

Begründung: Selbsterklärend

(Einstimmig angenommen)

b) „Die LINKE wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen vornimmt, Sozial- oder Arbeitsplatzabbau betreibt. Darüber hinaus wird sich die LINKE auf Bundesebene nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt.“

Ab „Kampfeinsätze“ ändern in: ...**die Auslandseinsätze der Bundeswehr zulässt, die Aufrüstung, Waffenexporte sowie Militarisierung vorantreibt und die Hartzgesetze nicht vollständig zurücknimmt und durch ein bedingungsloses Grundeinkommen oder durch eine sanktionsfrei, bedarfsorientierte Grundsicherung ersetzt.**

Begründung: Die LINKE würde ihr Nein zu den Hartzgesetzen vollkommen unglaubwürdig machen, wenn deren Rücknahme keine Vorbedingung für Regierungskoalitionen ist.
(mehrheitlich angenommen)

c) Anschließend **ergänzen:** (aus BPT-Antrag der KVe Göttingen und Wilhelmshaven):
Die LINKE stellt fest, daß diese Ziele mit SPD und Grünen derzeit nicht verwirklicht werden können, weil diese Parteien auch in der Opposition an den Hartz-Gesetzen, an der Privatisierung von öffentlichem Eigentum sowie an Auslandseinsätzen der Bundeswehr festhalten und auf Bundes- ebenso wie auf Landes- und Kommunalebene den Interessen des Kapitals verpflichtet sind. Um Politik im Interesse von Beschäftigten und Erwerbslosen zu machen und unsere Partei weiter aufzubauen, muss die LINKE aktiv an Protesten in den Betrieben und auf der Strasse teilnehmen. Dort ist unser Platz, nicht in Regierungen an der Seite der Harz-IV-Parteien. Das gilt auch für eine pauschale, vertragliche Tolerierung von rotgrünen Regierungen. Die LINKE steht einer Abwahl von schwarzgelben Regierungen durch rotgrüne nicht im Wege. Deren Einzelmaßnahmen werden wir aber nur dann innerhalb und außerhalb der Parlamente unterstützen, wenn sie tatsächlich im Interesse von Lohnabhängigen, Rentnern und Jugendlichen liegen.“

Begründung: Haltelinien für Regierungsbeteiligungen ersetzen keine Aussagen dazu, ob sie von den vermeintlichen Bündnispartnern erfüllt w(u)erden oder nicht.
(einstimmig angenommen)

5. Gewerkschaften und außerparlamentarischer Widerstand

a) **S. 17, Abs. 4:** „*Ein politischer Richtungswechsel lässt sich nicht allein auf parlamentarischer Ebene durchsetzen*“

Ändern in: Ein **politischer Richtungs- und gesellschaftlicher Systemwechsel** lässt sich nicht allein auf parlamentarischer Ebene durchsetzen. **Die LINKE nutzt die Parlamente für die Interessen der Bevölkerung und kämpft auch dort um Mehrheiten. Grundsätzliche und nachhaltige Änderungen sind aber nur durch die Selbstorganisation der Betroffenen möglich. Die aktive Teilnahme am außerparlamentarischen Widerstand ist daher die wichtigste Aufgabe der LINKEN.**

Begründung: Die LINKE wird als Oppositionspartei gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und die Parteien gebraucht. Die zunehmende Wahlenthaltung ist ein zusätzlicher Hinweis darauf, wo die Schwerpunkte des politischen Handelns der LINKEN liegen müssen.
(einstimmig angenommen)

b) **S. 17, Abs. 7:** „Wir bestärken unsere Mitglieder, in Gewerkschaften, sozialen Organisationen... mitzuwirken.“

Ergänzen durch: **Dabei unterstützen wir diejenigen Kräfte in den Gewerkschaften, die sich gegen Ko-Management, Standortlogik und kapitalistische „Sachzwänge“ wenden.**

Begründung: Die LINKE wirbt um Mitarbeit in den Gewerkschaften. Angesichts berechtigter Kritik von vielen Mitgliedern und Lohnabhängigen an der Politik des Gewerkschaftsapparates muss die LINKE ihr eine Stimme geben.
(einstimmig angenommen)

c) **S. 17, Abs. 3.:** „Wir streben eine Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse an.“

Ändern in: Wir streben eine „**qualitative Umwälzung**“ der Macht- und Eigentumsverhältnisse an.

Begründung: Selbsterklärend
(mehrheitlich angenommen).

6. Transformationsprozesse

S. 17, rechts, 4. Absatz:

„Wir werden gemeinsam mit anderen linken Kräften an zentralen alternativen Projekten...arbeiten (...) und die Entwicklung von langfristigen Reformalternativen verstehen wir als strategische Herausforderung“.

Ergänzen um:

Dabei ist es unabdingbar, bereits heute Organisationsformen für demokratische Willensbildungs- und Vergesellschaftungsprozesse weiter zu entwickeln, im Bewusstsein um die Spontaneität und Geschwindigkeit gesellschaftlicher Entwicklungen, denn die Welt schreitet nach Veränderung. Die Geschichte lehrt uns nicht nur in Hinblick auf den Zusammenbruch des Ostblocks und die Umwälzungsprozesse im Nahen Osten und Nordafrika, dass heute Dynamiken möglich sind, die sehr schnell zu gesellschaftlichen Veränderungen führen können. Die LINKE trägt dieser Entwicklung Rechnung, in dem sie sich aktiv an der Ausarbeitung, Gestaltung und Förderung konkreter Transformationsschritte von der heute bestehenden, kapitalistischen Gesellschaft hin zu einem demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts beteiligt. Die LINKE unterstützt und fördert die Selbstorganisation der Betroffenen (z.B. in Streikkomitees oder Stadtteilinitiativen), die wissenschaftliche Ausarbeitung neuer Formen des demokratischen Sozialismus und deren Verankerung in der Partei und den außerparlamentarischen Bewegungen. Dazu zählt z.B. die Weiterentwicklung partizipativer Demokratieformen in Politik und Wirtschaft ebenso wie die Anwendung wirtschaftswissenschaftlicher Modelle für die praktische Vergesellschaftung von z.B. Großbanken und -konzernen und die Ausarbeitung neuer, gerechter Entlohnungsmodelle für Erwerbsarbeit und bisher nicht entlohnte, gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Die LINKE unterstützt aktiv Transaktionsprozesse mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft, ohne Ausbeutung und Unterdrückung – hier und anderswo.

Begründung: Selbsterklärend.

(mehrheitlich angenommen)